

Hauptausschuss – öffentlich vom 14.11.2017

2) TOP 1-140/17 Haushaltsplan 2018 -Personalkosten

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Blaurock: Er interessiert sich für die Entstehung der Differenz des angegebenen Betrags in der Sitzungsunterlage (vgl. Drucksache 1-140/17, S.1.) und im vorliegenden Haushaltsplanentwurf (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 18, Nr. 12). Er würde gerne wissen, ob in den 14,8 Millionen Euro (vgl. Drucksache 1-140/17, S.1.) die Honorare miteingerechnet worden seien.

Herr Zoller: Die Honorare seien im Haushaltsplanentwurf bei der Position Nr. 18 Personalaufwendungen in Höhe von 14.564.383 Euro enthalten (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.18, Nr. 12). Im Haushaltsplanentwurf sei bei den Personalaufwendungen die Tarifsteigerung miteingerechnet worden. Die zusätzlichen Stellen laut Gemeinderatsbeschluss vom 26. September 2017 in Höhe von 507.000 € seien noch nicht im Entwurf enthalten, da zunächst der Beschluss hätte abgewartet werden müssen, bevor diese miteingerechnet werden könnten. In der vorliegenden Sitzungsunterlage sei der angegebene Betrag nicht um die Honorare bereinigt worden.

Sigrid Zwetschke: Sie würde gerne wissen, welche Positionen sich hinter folgenden Parameter verbürgen: Besoldungsanpassung und Tariferhöhungen (vgl. Drucksache 1-140/17, S.1.)

Oberbürgermeister Pauly: Hinter dem Parameter Besoldungsanpassung würden sich Arbeitnehmer im Beamtenverhältnis befinden und hinter dem Parameter Tariferhöhungen Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis.

Beschluss:

1. Die Entwicklung der Personalkosten wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Gemeinderat wird empfohlen, die im Entwurf des Haushaltsplanes 2018 eingestellten Personalkosten zu bewilligen.

(einstimmig)

3) TOP 1-158/17 Haushaltsplan 2018 - Stellenplan - Entwurf

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Dr. Wagner: In der nächsten Zeit werde es im Bauamt Personalabgänge geben, deswegen schlage er der Stadtverwaltung vor, bereits vorher befristete Stellen (zum Beispiel mit einer Befristung von einem Jahr) vom Gemeinderat bewilligen zu lassen.

Dadurch sei ein fließender Übergang trotz Personalwechsel möglich.

Unbesetzte Stellen könnten durch dieses Verfahren vermieden werden.

Bei der Friedhofsverwaltung seien beispielsweise zwei Stellen nicht besetzt, da die Personalakquise sich hier schwierig gestalten würde.

Die nominelle Stärke im Personalbereich sei bei der Friedhofsverwaltung nicht erreicht worden. Das führe dazu, dass nicht alle Arbeitsaufträge erfüllt werden könnten.

Fraglich sei an dieser Stelle, ob hier übertarifliche Zahlungen, als Personalwerbemittel funktionieren würden.

Bei der Friedhofsverwaltung sei lediglich ein Mitarbeiter tätig. Vor allem die Bürger in den Ortsteilen von Donaueschingen seien mit dem aktuellen Zustand bei der Friedhofsverwaltung unzufrieden. Er wolle zu dieser Problematik einen Lösungsvorschlag erhalten.

Stadtrat Blaurock: Er stimme Herrn Stadtrat Dr. Wagner zu. Er schlage vor, diese Thematik getrennt von den Haushaltsberatungen zu besprechen. Er stelle den Antrag, die Personalsituation in einer der kommenden Gemeinderatssitzungen zu beraten.

Oberbürgermeister Pauly: Er weise darauf hin, dass Personalsachgebietsleiter Herr Herrmann heute ebenfalls in der Hauptausschusssitzung vertreten sei. An dieser Stelle würde er gerne den Eindruck, den die Medien zur aktuellen Personalsituation der Stadtverwaltung Donaueschingen machen würden, relativieren. Er vermute, dass dadurch nun auch der Gemeinderat befürchte, dass die Personalsituation bei der Stadtverwaltung angespannt sei.

Wie dem Gemeinderat bereits rückgemeldet, habe das Bauamt zurzeit seine Kapazitätsgrenze durch die geplanten Investitionen erreicht.

Diese Äußerung sei im Rahmen der Haushaltsberatungen gefallen, um dem Gemeinderat zu erläutern, dass momentan nicht alle weitere Investitionen aufgrund von aktueller Personalknappheit im Bauamt realisiert werden könnten.

Die Realinvestitionen im Jahr 2018 seien weitaus größer als in der angegebenen Summe im Haushaltsplanentwurf 2018 zu erkennen sei.

Für das Personal der Stadtverwaltung sei es momentan schwierig, zusätzlich neben den regulären Haushaltsinvestitionen zusätzliche Investitionen zu realisieren.

Zu Zeiten von konjunkturellen Aufschwüngen würde sich auch die Nachfrage und Auslastung in der Bauwirtschaft erhöhen.

Die öffentliche Hand konkurriere gerade in Zeiten der Hochkonjunktur mit privaten Wirtschaftsunternehmen. Die aktuelle Auftragslage und somit auch die Marktpreise würden ansteigen.

Er verweise auf die von dem Gemeinderat gewünschte Tischvorlage, die die Personalabgänge bei der Stadtverwaltung übersichtlich abbilde.

Der Eindruck, der nun bei dem Gemeinderat entstanden sei, dass die Stadtverwaltung ihren Aufgaben aufgrund der momentanen Personalsituation nicht nachkomme, würde er gerne relativieren. Ein solches Beispiel stelle die Personalsituation beim Standesamt dar, die sich nun verbessert habe. Der Personalwechsel beim Bauamt könne von der Stadtverwaltung ebenfalls personell aufgefangen werden und der Antrag auf Stellenmehrungen sei vom Gemeinderat positiv beschieden worden.

Wenn die Stadtverwaltung das Gefühl gehabt hätte, dass mehr Mitarbeiter benötigt würden, hätte sie beim Gemeinderat zusätzliche Stellen beantragt. Die Stadtverwaltung werde die

Aufgaben mit dem vorhandenen Personal erfüllen. Die Stadtverwaltung versuche immer Arbeitsprozesse effizienter zu gestalten. Die Stadtverwaltung würde dem Gemeinderat auch keine unberechtigten Personalwünsche vortragen.

In gewissen Bereichen der Stadtverwaltung würde momentan eine angespannte Personalsituation herrschen, die es punktuell auch zukünftig geben werde.

Es sei auch normal, dass erste Personalausreibungen nicht gleich zum Erfolg führen. Mit übertariflicher Bezahlung in Ausschreibungen zu werben, wäre er zurückhaltend, da die Stadtverwaltung an die Regelungen des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes gebunden sei.

Zudem führen übertarifliche Eingruppierungen unter Kollegen zu dem Gefühl einer Ungleichbehandlung.

Stadtrat Blaurock: Er stelle den Geschäftsordnungsantrag, die Gesamtsituation im Personalbereich der Stadtverwaltung in einem zusätzlichen Tagesordnungspunkt separat zu den Haushaltsberatungen aufzurufen, da momentan durch die Mitglieder des Hauptausschusses zu dieser Thematik eine Diskussion eröffnet würde. Die Fraktionen hätten dieses Thema bereits diskutiert, jedoch sei bei ihm der Eindruck entstanden, dass die Stadtverwaltungen dieses Problem selber lösen wolle, obwohl der Gemeinderat hier deutlich seine Hilfestellung angeboten habe.

Prioritär sei aktuell aber die Verabschiedung des Haushalts und deswegen sei es wichtig, dass über die Personalbeschaffung in der Stadtverwaltung Donaueschingen separat diskutiert werde.

Stadtrat Dr. Wagner: Er stimme Herrn Stadtrat Blaurock zu, dass Herr Oberbürgermeister Pauly soeben eine Stellungnahme zu der aktuellen Personalsituation gegeben habe.

Der Gemeinderat habe zur dieser Thematik jedoch eine andere Meinung und deshalb würde er den Geschäftsordnungsantrag ablehnen.

Stadträtin Wesle: Sie weise darauf hin, dass es rechtlich nicht möglich sei, das Thema in der Hauptausschusssitzung als eigenen Tagesordnungspunkt zu diskutieren. Dieser Tagesordnungspunkt sei nämlich nicht auf die Einladung für die Hauptausschusssitzung gesetzt worden.

Oberbürgermeister Pauly: Er weise Stadtrat Blaurock darauf hin, dass der von ihm gestellte Geschäftsordnungsantrag, in der heutigen Sitzung einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt für die Diskussion der aktuellen Personalsituation bei der Stadtverwaltung zu eröffnen, rechtlich nicht möglich sei.

Er werde den Antrag aufnehmen und dieser Tagesordnungspunkt solle in einer der kommenden Gemeinderatssitzung diskutiert werden. Dem Gemeinderat sei es jederzeit möglich, die Personalausstattung zu besprechen und dies auch während der Zeit der Haushaltsplanberatungen, da so eventuelle Nachträge eingearbeitet werden könnten.

Er zeige auf, dass er die jetzige Diskussion nicht unterdrücken wolle, sondern er habe lediglich auf die grundsätzlichen Sorgen mit einer Stellungnahme eingehen wollen. Er könne nicht ganz nachvollziehen woher der "Medien-Push" über die aktuelle Personalsituation bei der Stadtverwaltung überhaupt komme.

Stadtrat Blaurock: Er stimme dem Vorschlag von Oberbürgermeister Pauly zu.

Stadtrat Rögele: Die kleinen Haushaltsreden seien noch nicht lange vorüber und die Fraktionen hätten die Stadtverwaltung darum gebeten, einen "Personalmasterplan" zu entwickeln.

Der Gemeinderat sei bereit, unabhängig von den diesjährigen Haushaltsberatung, mit der Stadtverwaltung über die momentane Personalsituation zu diskutieren. Es sei wichtig, dass dies jedoch zeitnah passiere.

Oberbürgermeister Pauly: Auf Vorschlag von Herrn Butsch schlage er vor, diesen Tagesordnungspunkt in der Gemeinderatssitzung am 5. Dezember 2017 zu diskutieren.

Er betone nochmals, die Diskussion über die momentane Personalsituation bei der Stadtverwaltung nicht unterdrückt haben zu wollen, sondern nur eine Erklärung zur aktuellen Mediensituation geben zu wollen. In den Medien sei der Sachverhalt nicht korrekt dargestellt worden.

Stadtrat Dr. Wagner: Er erkundige sich, ob er die Aussage des Oberbürgermeisters richtig verstanden habe: Durch die Anträge auf Stellenmehrungen, die vom Gemeinderat genehmigt worden seien, sei nun seine Übergangslösung für das Bauamt nicht notwendig. Er habe vorhin vorgeschlagen, bereits vor den angekündigten Personalabgängen im Bauamt befristetes Personal einzustellen.

Oberbürgermeister Pauly: Er bejahe die Frage.

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Stellenplanes 2018 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei eventuellen Beförderungen, soweit notwendig, den Stellenplan 2018 zu aktualisieren.

(10 Ja, 3 Enthaltungen)

4) TOP 1-157/17 Stellenplan 2018 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Stellenplanes 2018 für die Beschäftigten Abwasserbeseitigung wird zugestimmt.
2. Soweit sich Höhergruppierungen ergeben sollten, sind diese im Stellenplan 2018 noch zu berücksichtigen.

(einstimmig)

5) TOP 1-156/17 Stellenplan 2018 Eigenbetrieb Wasserwerk

Beschluss:

1. Dem Entwurf des Stellenplanes 2018 für die Beschäftigten Wasserwerk wird zugestimmt.
2. Soweit sich Höhergruppierungen ergeben sollten, sind diese im Stellenplan 2018 noch zu berücksichtigen.

(einstimmig)

6) TOP 1-137/17 Haushalt 2018 - Beratung des Ergebnishaushalts

Oberbürgermeister Pauly: Er führt anhand der Sitzungsunterlage und der Tischvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Er stelle die positiven Änderungen bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs vor.

Das Gesamtergebnis des Ergebnishaushalts habe sich von 938.629,00 € auf 1.144.394,00 € erhöht.

Kämmerer Zoller habe eine Präsentation vorbereitet, um sich auf die jeweiligen Teilhaushalte zu beziehen.

Gemeinderäte sollten ihre Fragen und Anträge direkt zu den Teilhaushalten stellen. Diese können dann unmittelbar mit den betroffenen Bereichen abgearbeitet werden.

Stadtrat Blaurock: Er bitte darum, den öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung um 21:30 Uhr zu schließen.

Kämmerer Zoller und Frau Renner stellen mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation "Die Beratung des Ergebnishaushalts 2018" und die Positionen bei den Teilhaushalten 1 bis 8 vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

THH 1: Stadtentwicklung, - Planung – Konversion (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.136).

Stadtrat Dr. Wagner: Die Einnahmeposition betrage hier 30.000,-- €. Er bitte darum, dass die Mittel wieder in den Haushalt zurückfließen. Dienstleistungen der Stadt an externe Dritte (z.B. KEG) müssten in Rechnung gestellt werden. Dies würde er von der Stadt als Leistungserbringer erwarten. Einnahmen von 30.000,-- € als Kostenerstattung sehe er als zu niedrig an.

Kämmerer Zoller: Sobald die Stadt Donaueschingen für ein steuerpflichtiges externes Unternehmen tätig werden würde, werde sie gleichsam auch steuerpflichtig.

Durch die Unternehmereigenschaft würde die Stadt Donaueschingen eventuell noch andere Steuern zahlen müssen. Beispielsweise die Körperschaftsteuer.

Herr Butsch: Die zukünftigen städtischen Aufwendungen aktuell abzuschätzen sei schwierig.

Stadtrat Dr. Wagner: 30.000,-- € empfinde er als zu gering. Er sei der Ansicht, dass die Stadt deutlich mehr externe Dienstleistung erbracht habe und im Umkehrschluss zu wenig Mittel in den städtischen Haushalt zurückfließen würden.

Oberbürgermeister Pauly: Für die Breitbandversorgung seien circa 3 Millionen Euro für Investitionen vorgesehen worden und für die KEG 2 Millionen Euro. Für das Abwasser liege die Investition bei einer Höhe von 3,6 Millionen Euro. Dies sei bei der Planung und Abschätzung des Betrages berücksichtigt worden.

Er erläutere die Vorgehensweise der Abrechnung der Stadt mit der KEG und wie der Schätzwert zustande kommen würde.

Herr Bunse: Er ergänze, dass bei diesem Betrag die Kosten für den Ingenieur des Tiefbauamtes nicht eingeflossen seien. Dieser sei für die Erschließung des Konversionsareals zuständig. Er werde circa ein Drittel seiner Arbeit für die KEG mbh leisten, deswegen könne der Betrag in Höhe von 30.000,-- € auf 60.000,-- € erhöht werden.

Bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs sei jedoch noch nicht sicher gewesen, ob die Stadt einen zusätzlichen Ingenieur bekomme. Aus diesem Grund sei der Wert nicht eingeflossen.

Oberbürgermeister Pauly: Er schlage vor, den Wert auf 50.000,-- € hochzusetzen.

Der Wert wurde von 30.000,--€ auf 50.000,-- € hochgesetzt.

THH 1: Zentrale Steuerung und Finanzen, Innenrevision (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 106, Nr. 16)

Oberbürgermeister Pauly: Zur Position 16 "Zinsen und ähnliche Aufwendungen" merke er an, dass versucht werde diese Kosten zu vermeiden. Es sei jedoch wichtig, Sicherheiten einzuplanen.

Kämmerer Zoller: Diese Sicherheit sei auch bei Kommunen wichtig.

Stadtrat Dr. Wagner: Er rege an durch die Aufnahme von Kassenkrediten, die Position 16 in Höhe von 83.000,-- € nicht mehr zu benötigen, weil Kassenkredite derzeit billiger zu bekommen wären als Festgeld zu zahlen sei.

Kämmerer Zoller: Sofern genügend Mittel im Haushalt vorhanden seien, sei es nicht zu empfehlen, Kredite aufzunehmen. Dies könne rechtliche Schwierigkeiten hervorrufen und einen immensen Aufwand bedeuten.

Stadtrat Blaurock: Er würde gerne den Grund für den seines Erachtens nach niedrig angesetzten Betrag in Höhe von 50.000,- € bei der Position Nachzahlungs- und Verspätungszinsen erfahren (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.130, Nr.10).

Kämmerer Zoller: Das Ergebnis des Jahres 2016 sei mit 194.851,-- € besser abgeschlossen worden, als zu erwarten gewesen wäre. Die bereits getätigte Vorauszahlung der Steuerpflichtigen würden verzinst. Aus diesem Grund sei der Betrag in Höhe von 50.000,-- € als Ertrag angenommen worden (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.130, Nr.10).

Stadtrat Dr. Wagner: In der Gemeinderatssitzung vom 26. September 2017 sei beschlossen worden, einen zusätzlichen Zuschuss von 100.000,-- € (Zuschuss an Unternehmer, Vertrag Stadt VGB) einzustellen. Die Stadtverwaltung habe im Bereich der Position Nr.17 nun einen Zuschuss von 200.000,-- € eingestellt. Er stelle den Antrag, den Zuschuss in Höhe von 200.000,-- € zu streichen (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 148, Nr.17).

Oberbürgermeister Pauly: Er weise Stadtrat Dr. Wagner darauf hin, dass der Verkauf von 1 €- Tickets damals nicht im Vorschlag enthalten und die finanziellen Auswirkungen somit nicht bekannt waren.

Stadtrat Hall: Er schlage vor, den Zuschuss nicht um 200.000,-- € sondern um 100.000,-- € einzustellen. Hier könne geschaut werden, wie der Stadtbus in seiner Anfangszeit angenommen werde.

Diesem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt. Die Position 17 im Teilhaushalt 1 wurde mit einem Betrag von 402.000 € angesetzt.

THH 2: Tourismus und Marketing (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 151)

Kämmerer Zoller: Aus dem Teilhaushalt 2 seien einige Position in Teilhaushalt 8 übertragen worden (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.153 und S.360).

Oberbürgermeister Pauly: Beim Teilhaushalt 8 handle es sich um einen neuen Teilhaushalt, da das Amt für Kultur neu hinzugekommen sei. Das Jahr 2017 und das Ergebnis für 2016 seien im Teilhaushalt 8 daher mit 0 angesetzt worden (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.360).

Stadtrat Dr. Wagner: Er erkundige sich, ob die Anschaffungskosten des Beamers aus der Finanzplanung entnommen und jetzt im Bereich der Donauhallen neu verankert worden sei (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 153, Nr. 14)

Kämmerer Zoller: Dies sei abhängig von der Höhe der Kosten. Bei einer Höhe von über 800,-- € handle es sich bereits um Investitionen. Sach- und Dienstleistungen unter 800,-- € würde unter die Position Nr. 18 fallen.

THH 3: Öffentliche Ordnung (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 190)

Hier wurden keine Fragen und Anmerkungen gestellt.

THH 4: Stadtbauamt (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 234)

Stadtrat Rögele: Er erkundige sich nach der Position Nr. 7: Einmalzahlung Unterhaltung Zauneidechsenbiotop für 20 Jahre in einer Höhe von 43.500,-- € (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.267-268).

Herr Bunse: Ausgaben und Einnahmen würden kapitalisiert und dann erstattet. Hierbei sei der Betrag für die Pflegemaßnahmen hochgerechnet worden und der Stadtverwaltung erstattet worden. 2017 sei investiert worden. Über die Jahre würden mehrfach kleine Pflegemaßnahmen durchgeführt.

THH 5: Bauverwaltung (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 277)

Stadtrat Rögele: Er erkundige sich nach der Reduzierung der Bestattungsgebühren im Ansatz 2018 im Vergleich zum Ansatz im Jahr 2017 um 20.000,-- € (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.293, Nr. 5). Er frage sich, ob dies mit den Grabplatzgebühren zusammen hänge oder ob generell weniger Bestattungen durchgeführt, jedoch mehr Einnahmen generiert würden.

Herr Kottmann: Die Bestattungsgebühren seien 2017 mit 156.000,-- € und im Jahr 2018 mit 136.500,-- € angesetzt worden und somit gesunken. Die Grabplatzgebühren seien im Jahr 2017 von 228.500,-- € im Jahr 2018 auf 248.000,-- € gestiegen.

In den vergangenen Jahren sei ein 50:50 Ansatz zum Gesamtbetrag angesetzt und an die tatsächlichen Bereiche angepasst worden.

Die Bestattungs- und Grabplatzgebühren seien nun durch das Bauverwaltungsamt praxisnah angepasst worden.

THH 6: Bildung und Soziales (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.297)

Stadtrat Rögele: Zukünftig müsse in der Heinrich-Feurstein-Schule eine Regelung hinsichtlich der Schulsozialarbeit (25 Prozent) gefunden werden, da diese nicht praktikabel sei.

Herr Romer: Er habe mit den Schulleitungen und Vertretern des Caritasverbandes gesprochen. Für das Fürstenberg-Gymnasium sei eine Personalstelle mit 50 Prozent und für die Heinrich-Feurstein-Schule eine Personalstelle mit 25 Prozent vorgesehen. Die Heinrich-Feurstein-Schule weise nämlich lediglich eine Schülerzahl von 78 auf.

THH 7: Bauverwaltung (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 351)

Stadtrat Blaurock: Die Gewerbesteuer solle auf 14 Millionen Euro Brutto angehoben werden, da er hier einen langsam ansteigenden Trend vermute (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.355, Nr. 1).

Stadtrat Dr. Wagner: Die FDP-Fraktion spreche sich gegen eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf 14 Millionen Euro brutto aus, da der Betrag zu hoch sei.

Stadtrat Blaurock: Er weise auf das Ergebnis der Grundsteuer B im Jahr 2016 hin. Dieses sei mit einem Betrag in Höhe von 3,63 Millionen Euro angesetzt worden. Die Fraktion der Grünen beantrage, den Ansatz der Grundsteuer B für das Jahr 2018 von 3,61 Millionen Euro auf 3,65 zu erhöhen und die Gewerbesteuer auf 14 Millionen Euro für das Jahr 2018 anzuheben.

Stadtrat Dr. Wagner: Die FDP-Fraktion schlage vor, die Gewerbesteuer auf 13 Millionen Euro zu erhöhen.

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion schlage vor, sich auf einen Betrag von 13,5 Millionen Euro zu einigen.

Die Grundsteuer B wird im Jahr 2018 mit 3,65 Millionen Euro angesetzt und die Gewerbesteuer auf 13,5 Millionen Euro erhöht.

(mehrheitlich zugestimmt)

Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 2018 (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 413)

Stadtrat Dr. Wagner: Er erkundige sich, ob die Unterhaltungsmaßnahmen vom Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt verschoben worden seien und was der Grund dafür sei, dass die Gesamtsumme der Anmeldungen 2017 auf 2018 sinke. Er schlage vor, diesen Betrag auf 2 Millionen Euro hochzusetzen, da die Erhaltung und Instandhaltung wichtig sei (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S.426).

Stadtrat Hall: Er habe Verständnis für den angesetzten Betrag in Höhe von circa 1,3 Millionen im Ergebnishaushalt (Unterhaltung der Grundstücke & baulichen Anlagen), da Arbeit für diese Bereiche sehr personalintensiv sei.

Er sei der Ansicht, dass das Bauwerksbuch ein Gradmesser für die Investitionen der nächsten Jahre sei und somit für die mittelfristige Finanzplanung und Unterhaltungsplanung darstellen könne.

Er bitte darum, dies aufzuarbeiten.

Die Fraktion würde dem Betrag in Höhe von 1,3 Millionen Euro zustimmen, obwohl Unterhaltungen in den Ortsteilen momentan nicht möglich seien. Die Fraktion habe Verständnis für die aktuelle Personalsituation.

Stadtrat Blaurock: Er sei von den Toiletten des Freibads in Hubertshofen beeindruckt gewesen (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 415). Er würde gerne wissen, aus welchem Grund diese nicht im Finanzhaushalt angesetzt und ob die Kosten dafür geschätzt worden seien. Bei der Mehrzweckhalle in Pfohren würden Tische fehlen. Er würde gerne wissen, ob der Kostenansatz von 2017 auf 2018 verschoben worden sei.

Stadtrat Rögele: Der Kartenverkauf würde beim Umbau Büro 104 (vgl. Haushaltsplanentwurf, S. 413) an zwei verschiedenen Stellen (Rathaus I und in der Karlstraße) stattfinden. Er sei der Ansicht, eine einzelne zentrale Stelle einzurichten, bei der der Kartenverkauf ge-

bündelt stattfinden könne, da dieses Vorgehen für viele Kunden nicht nachvollziehbar sei. Die Minigolfanlage sollte die nächsten drei Jahre saniert werden. Er sei der Ansicht, dass ein Betrag in Höhe von 500,-- € dafür nicht ausreichend sei (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 421).

Zu der Stadtmühle merke er an, dass die Brandschutzmaßnahmen zum Teil noch nicht zu Ende geführt seien. Der Eingangsbereich habe keine einladende Wirkung (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 424).

Er erkundige sich nach dem aktuellen Sachverhalt zur Position "Erneuerung Beleuchtung Schulleitung bei der Musikschule" (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 424).

Herr Unkel: Bei der Stadtmühle handle es sich um eine laufende und aufwendige Maßnahme. Bei der Anmeldung der Position „ Umbau Büro 104 – Kartenverkauf) in Höhe von 30.000,-- € im Jahr 2018, handle es sich um einen Platzhalter.

Herr Bunse: Der Pächter der Minigolfanlage möchte die Anlage selbstständig mit Hilfe eines 5-stelligen Sponsorenbetrags sanieren. Hierbei sollen dort noch kleine Sponsorenschilder angebracht werden. Der angemeldete Betrag für 2018 in Höhe von 500,-- € würden in diesem Fall ausreichen, da der Pächter die Minigolfanlage selbstständig sanieren und attraktiveren möchte.

Die Kosten für WC-Anlage in Hubertshofen schätze er auf 15.000,-- €.

Herr Unkel: Das Bauwerksbuch würde nicht an erster Stelle stehen, da zunächst versucht werde, Personal zu akquirieren. Im Sachgebiet herrsche momentan ein personelles Defizit und es sei eine Stellenmehrung für die Pflege und Erstellung der Datenbank für die Gebäudedokumentation des Bauamtes notwendig, um die erforderliche Arbeitsgrundlage zu schaffen. Momentan würden noch Gebäudeaufnahmen fehlen.

Sobald die Stellen besetzt seien und die Arbeit begonnen werden könne, werde das Bauamt den Gemeinderat über den Sachstand informieren.

Herr Bunse: Die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (Anlagen) sei angestiegen.

Zu Herr Dr. Wagner merke er an, dass einige Maßnahmen aus dem Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt verschoben wurden.

Der Betrag in Höhe von 300.000,--€ würde von 2017 in das Jahr 2018 übertragen (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, 429 ff.)

Stadträtin Stocker-Werb: Sie erkundige sich danach, ob weitere Maßnahmen bezüglich der Sanierung der Rathausturmuhre in der Kernstadt geplant sei (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, 431).

Herr Bunse: Die Sanierung der Rathausturmuhre werde zum Jahreswechsel abgeschlossen sein. Das Uhrenwerk werde modernisiert.

Investitionsprogramm 2018-2022 (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, 441 ff.)

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei Ortsvorsteherin Winterhalter für den Ortstermin mit einem Besuch bei der Mosterei in Hubertshofen. Er sei sehr beeindruckt von der Mosterei und dem Most gewesen.

Ortsvorsteherin Winterhalter: Es sei ihr wichtig, in diesem Rahmen dem Gemeinderat die Mosterei vorzustellen. Sie sei der Ansicht, dass die Stadt Donaueschingen insbesondere gerade ihr Ortsteil Hubertshofen die Mosterei benötige, weil diese auch gut touristisch nutzbar sei.

Die Mosterei würde von Kindern und Jugendlichen aus Schulen und Kindergärten besucht werden, die Most probieren und dessen Herstellung erfahren. Die Mosterei würde durch diese Besuche einen kleinen Gewinn erwirtschaften.

Sie wünsche sich die Möglichkeit zu bekommen die Mosterei in Hubertshofen auszubauen, zu modernisieren und weiterhin nutzen zu können (vgl. Haushaltsplanentwurf 2018, S. 451).

Oberbürgermeister Pauly: Er weise Frau Ortsvorsteherin Winterhalter darauf hin, dass ihr Wunsch in der Hauptausschusssitzung lediglich angesprochen werden könne, jedoch diesbezüglich keine Entscheidung getroffen werden könne.

Bürgermeister Kaiser: Er plädiere dafür, die Mosterei an eine Privatperson zu verkaufen, damit diese nicht mehr zum Anlagevermögen der Stadt Donaueschingen gehöre.

Oberbürgermeister Pauly: Er sei mit Herrn Haller vor Ort gewesen. Im touristischen Konzept der Stadt Donaueschingen sei die Mosterei nicht aufgeführt.

Die Ortsvorsteherin Winterhalter könne gerne bezüglich ihres Anliegens auf die Stadtverwaltung zukommen, da heute keine Entscheidung in Bezug auf die Mosterei getroffen werden könne.

Herr Hall: Seiner Ansicht nach wäre die günstigste Variante, einen Privatunternehmer für die Mosterei in Hubertshofen zu finden, der von der Stadt Donaueschingen bezuschusst werde.

Beschluss:

Die Ergebnisse aus den Beratungen des Ergebnishaushaltes werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

(einstimmig)